

## **Ansprache des designierten Parteipräsidenten**

### **Alexander Batliner zum FBP Parteitag**

#### **vom 3. Dezember 2009 in Eschen**

**SPERRFRIST BIS DONNERSTAG 3. DEZEMBER 2009 20.00 UHR**

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Geschätzte Mitglieder des Parteitages

Liebe Parteifreunde

Wenn man sich für das Amt eines Parteipräsidenten bewirbt, ist ausgeprägtes Interesse für die Politik eine Grundvoraussetzung. In meiner Jugendzeit haben mich zwei Erfahrungen massgeblich geprägt und mein Interesse für die Politik geweckt und auch zu meinen politischen Grundeinstellungen geführt.

Es war im Jahr 1977, als Deutschland vom „Deutschen Herbst“ und damit vom Terrorismus der RAF heimgesucht wurde. Als knapp 10-jähriger Knabe war es mir nicht möglich, mich diesen Bildern zu entziehen, zumal die damals empfangbaren Medien nur dieses Thema kannten. Da noch sehr jung, konnte ich nicht begreifen, was geschah. Die Bilder haben sich in mir eingepreßt und es war für mich damals schon unverständlich, dass aus politischen Überzeugungen Leute entführt und ermordet werden.

Zwei Jahre später endete meine Volksschulzeit und ich begab mich zur weiteren schulischen Ausbildung in die Sekundarschule nach Wangs. Zum Lehrplan dieser Schule gehörten bei jeder anstehenden Schweizer Volksabstimmung, die Inhalte, über welche abgestimmt werden sollte. Nach meinen Erfahrungen wenige Jahre zuvor, lernte ich damit eine andere Möglichkeit der politischen Willensbekundung kennen.

Diese beiden Erfahrungen waren der Beginn meiner Faszination für die demokratische Form der direkten Demokratie. Diese Faszination hat mich bis heute nicht losgelassen.

In mir hat sich dadurch die Überzeugung festgesetzt, dass die Form der direkten Demokratie die Beste und friedlichste aller demokratischen Arten ist. Ich bin überzeugt davon, dass unsere Staatsform mit den direktdemokratischen Möglichkeiten ein Hauptgrund dafür ist, dass unser Land in den letzten Jahrzehnten jene positive Entwicklung genommen hat, die sie genommen hat. Direktdemokratische Mittel verhindern extreme Politik, da extreme Politik nie eine Mehrheit vom Volk erhält. Sie fördern die Politik der Mitte. Also genau jene Politik, für welche die FBP in der Vergangenheit stand und für welche die FBP auch unter mir als Präsident stehen wird.

Das Interesse an der Politik auch unseres Landes hat in all der Zeit nicht nachgelassen, mehr noch, es hat sich sogar noch gesteigert. Natürlich spielten hierbei weitere verschiedene Geschehnisse eine markante Rolle.

Dazu gehört sicherlich die vierjährige FBP-Präsidentschaft meines Vaters von 1982 – 1986, von der ich natürlicherweise auch einiges mitbekommen habe. Es ist mir bis heute in Erinnerung geblieben, dass es die FBP unter seiner Präsidentschaft war, die mit einer Motion im Landtag den entscheidenden Vorstoss zur Einführung des Frauenstimmrechts unternahm. Dieser Vorstoss war - wie wir heute alle wissen - von grossem Erfolg gekrönt.

Und dazu gehören auch Geschehnisse, die während den letzten rund 15 Jahren im Zentrum standen. Sei es der Beitritt zur UNO, die beiden Abstimmungen zum EWR oder die Verfassungsdiskussion und viele weitere wichtige Themen, welche die öffentliche Diskussion in unserem Land beherrschten.

Einen vertieften Einblick in die Politik unseres Landes erhielt ich dann während meiner drei Jahre beim Volksblatt. In meiner Funktion als Chefredaktor war ich eingebettet in den Entscheidungsprozess des Präsidiums und der Landtagsfraktion. Zudem gehörte ich der FBP-Wahlkommission für die Landtagswahlen 2001 an. Ich habe in dieser Zeit einen intensiven Einblick in das Innenleben der Partei erhalten. Diese zu jener Zeit gemachten Erfahrungen und zu wissen, was als FBP-Präsident auf mich zukommt und mich erwartet, war mitentscheidend, dass ich mich bereit erklärt habe, für dieses Amt zu kandidieren und mich euch heute Abend zur Wahl zu empfehlen.

Obwohl ich sicher bin, dass die Meisten von euch mich kennen und wissen, wer ich bin, möchte ich euch ein paar Eckpunkte meines Lebenslaufes näher bringen.

Ich wurde 1967 in Chur geboren. Bereits nach der Volksschule verliess ich Liechtenstein, um in Internaten in der Schweiz meine schulische Ausbildung zu durchlaufen. 1988 schloss ich diese mit der Eidgenössischen Wirtschaftsmatura ab. Darauf hin zog ich nach Fribourg, um mich an der dortigen Universität und an der Universität Bern zu immatrikulieren. 1998 schloss ich meine Studien der Germanistik mit dem Nebenfach Kommunikationswissenschaften und Journalismus ab.

Anschliessend kehrte ich nach Liechtenstein zurück, um beim Liechtensteiner Volksblatt als Redaktor für den Bereich Politik/Inland zu arbeiten. Bereits ein Jahr später wurde ich Chefredaktor des Volksblatts. Nach drei Jahren verliess ich die Zeitung wieder, um den Weg in die Selbständigkeit zu gehen. Seit dann bin ich Inhaber und Geschäftsführer eines Büros für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in Schaan.

Im Herbst 2001 heiratete ich Birgit Heeb. Wir sind Eltern von zwei Kindern. Philipp ist jetzt knapp 5 ½ Jahre alt und Nina konnte kürzlich ihren dritten Geburtstag feiern. Darüber hinaus spiele ich gerne Tennis, geh gerne Skifahren und mag es sehr, auf Reisen zu gehen.

Auch ehrenamtlich war ich bereits das eine und andere Mal tätig. So beispielsweise aktuell als Präsident des Vereins Internationaler Sport in Liechtenstein (ISL), der in den letzten Jahren für verschiedene Sportevents verantwortlich zeichnete, wie zuletzt für den Tour de Suisse Prolog im Unterland von Juni dieses Jahres.

Soviel zu meiner Person.

Geschätzte Parteifreunde, wie ihr wisst, habe ich mich nach der Wahlniederlage von letztem Februar für den Gang in die Opposition ausgesprochen. Diese Meinung vertrat ich auch aus meiner Grundüberzeugung heraus, dass eine Partei, welche vom Souverän die absolute Mehrheit erhalten hat, die übertragene Verantwortung auch wahrnehmen soll. Zudem war ich der Meinung, dass es für die Bürgerpartei einfacher ist, wieder die Mehrheit vom Volk übertragen zu bekommen, wenn sie aus der Oppositionsrolle heraus Politik betreiben kann.

Mir war immer bewusst, dass es auch Argumente für die Koalition gibt. Der Parteitag hat die Argumente anders gewichtet als ich und sich für die Koalition ausgesprochen.

Ich möchte ganz klar festhalten: Ich akzeptiere den Entscheid der Parteibasis voll und ganz und stehe ohne Wenn und Aber zu dieser Koalition und zu diesem Koalitionsvertrag. Denn es gehört für mich zum politischen Verständnis, dass man gerade auch beim parteiinternen Entscheidungsprozess das eine oder andere Mal der Minderheit angehört. Dann gilt es die Niederlage zu akzeptieren und nicht den Kopf in den Sand zu stecken. Danach hat man sich mit der neuen Situation zu arrangieren, das Positive aus ihr zu ziehen und wieder vereint den Weg weiter zu gehen und wieder gemeinsam am Erfolg der Partei zu arbeiten. Dies gehört zu meiner Grundeinstellung und dies mache ich auch in der Frage Koalition oder Opposition.

Dies werde ich auch in meiner Art der Führung unserer Partei so halten. Autoritäre Parteiführung liegt mir fern. Zur Demokratie gehört eine parteiinterne Diskussionskultur und das Akzeptieren anderer Meinungen. Gerade in einer Volkspartei wie der FDP, der alle politischen Strömungen angehören, ist dies von grundlegender Wichtigkeit. Es darf nicht sein, dass ein Parteipräsident den Regierungsräten oder Landtagsabgeordneten vorschreibt, wie sie abzustimmen oder sich zu äussern haben. Ich befürworte beim Entscheidungsfindungsprozess eine intensive Diskussionskultur um die besseren Argumente. Wir wollen doch auch die Bevölkerung von unseren Positionen und Meinungen überzeugen. Das gelingt uns nur, wenn sich intern die besseren Argumente durchsetzen. Nur wenn wir innerparteilich genügend Überzeugungskraft haben, können wir auch die Bevölkerung von etwas überzeugen.

Darüber hinaus gilt es auch zwischen den einzelnen Ämtern zu unterscheiden. Regierungsräte sind ausschliesslich dem Land und seiner Bevölkerung verpflichtet. Sie sind Mitglied einer Kollegialbehörde, die mit einer Stimme nach aussen auftreten muss. Dies führt auch dazu, dass durch unsere Minderheit in der Regierung Aurelia Frick und Martin Meyer Entscheide nach Aussen mittragen müssen, denen sie vielleicht gar nicht zugestimmt haben und die sie ablehnen. So will es unser politisches System und das ist auch richtig so. Im Gegensatz dazu muss das Parteipräsidium auch das Wohl der Partei in die Entscheidungsfindung einfliessen lassen. Die Abgeordneten des Landtages haben wieder eine andere, dritte Ausgangslage. Sie sind in erster Linie ihrem Wissen und Gewissen verpflichtet.

Dies bedeutet, dass alle drei Gremien - Präsidium, Regierung, Landtag - unterschiedliche Ausgangssituationen haben. Diese Gewaltenteilung darf in der Parteiarbeit nicht unberücksichtigt bleiben und muss akzeptiert werden. Nur dann ist Parteiarbeit und Politik ein Teamwork und es ist meine feste Überzeugung, dass Teamwork die Grundlage für den Erfolg einer Partei ist.

„Eine Analyse der Gegenwart reicht nicht aus, um die Chancen und Gefahren für die Zukunft zu erkennen und sie zu bewerten. Die Zukunft muss geplant werden. [...] Wohin geht die Reise? Das ist die bange Frage. Neue Techniken und wissenschaftliche Disziplinen vermitteln viele Antworten. Dennoch muss die Gestaltung der Zukunft eine politische Aufgabe sein und bleiben, weder eine wissenschaftliche noch eine akademische. Das Gegenteil würde bedeuten, dass der Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft nicht Entscheidendes unternehmen könnten, um den Trend zu verändern, dass wir uns von den Dingen schicksalhaft treiben liessen, von Tag zu Tag. Dies wäre keine Politik mehr, sondern Resignation. Mit Resignation aber kann die Zukunft nicht bewältigt werden, sondern nur damit, dass wir unser künftiges Schicksal herzhaf in die Hand nehmen, ohne den Blick für die Probleme der Gegenwart zu verlieren. Diese Aufgabe fällt allen zu, jedem einzelnen Liechtensteiner in diesem Lande, den Kräften der Wirtschaft und der Gesellschaft, besonders aber dem Staat.“

Geschätzte Parteifreunde, diese Worte stammen leider nicht von mir, diese Worte wurden auch nicht kürzlich geäußert, wie man glauben könnte. Sie sind fast auf den Tag 36 Jahre alt und wurden von unserem Alt-Regierungschef Walter Kieber anlässlich seiner Ansprache zum Parteitag vom 10. Dezember 1973 in Vaduz gesprochen. Sie haben heute wieder 100-prozentige Gültigkeit.

Walter Kieber zeigt auf, dass die heutigen Probleme aus zweierlei Blickrichtungen angegangen werden müssen – aus kurzfristigen und mittel- bis langfristigen. Zum einen müssen wir kurzfristig Antworten auf die gegenwärtig wichtigsten Probleme der Menschen und des Staates finden und zum anderen müssen wir heute unseren gesamten Wirtschaftsplatz so positionieren und ihm solche Rahmenbedingungen zur Verfügung

stellen, damit er mittel- bis langfristig wieder zu jenem Erfolg zurückkehren kann, der ihn in den letzten 20 Jahren auszeichnete.

Zu den kurzfristig vordringlichsten Aufgaben gehört es, den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Mir ist bewusst, dass der Regierungschef und Finanzminister Klaus Tschütscher erst seit rund neun Monaten im Amt ist. Das hat man ihm in dieser Thematik zugute zu halten. Mit Sorge stelle ich jedoch fest, dass er leider mehr redet als handelt.

Vor wenigen Tagen hat der Landtag das Budget 2010 mit einem Defizit von rund 180 Millionen Franken verabschiedet. Mit diesem Budget wird unser Land ab dem 1. Januar 2010 pro Tag einen Vermögensabbau von einer halben Million Franken zu verzeichnen haben.

Trotz dieser eklatanten Finanzlage unseres Landes belaufen sich die bisherigen Sparvorschläge des Regierungschefs und Finanzministers auf weniger als ein Prozent der notwendigen Sparmassnahmen.

- 9 Monate sind verstrichen, ohne irgendwelche substantiellen Einsparungen.
- 9 Monate sind verstrichen, ohne irgendwelche substantiellen Vorschläge.
- 9 Monate sind verstrichen, ohne dass überhaupt nur ein Sparkonzept vorliegt.

Habt ihr nicht auch das Gefühl, dass dies ein bisschen wenig ist?

Das Einzige was man weiss, ist, dass Arbeitsgruppen, Unter-Arbeitsgruppen und Unter-unter-Arbeitsgruppen eingesetzt werden, die alle irgendwann im Verlauf der nächsten Jahre zu Entscheidungen gelangen sollen. Es wird höchste Zeit, dass der Regierungschef nun das Zepter wieder in die Hand nimmt, ein Konzept präsentiert, Entscheidungen trifft und diese Entscheide so rasch wie möglich dem Landtag vorlegt. Bisher hat uns diese Arbeitsgruppen-Strategie nur Geld gekostet. Es wurden zwei zusätzliche Stellen geschaffen und eine halbe Million Franken für diese Arbeit budgetiert.

Einzelne VU-Abgeordnete haben im letzten Landtag davon gesprochen, dass es fünf vor zwölf sei. Geschätzte Parteiliebe, wenn ich einen Vermögensabbau von einer halben

Million pro Tag habe, ist es nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf. Wer das nicht einsieht, hat den Ernst der Lage nicht erkannt.

Unsere Fraktion ist sich ihrer Verantwortung bewusst und auch bereit, im Sinne einer Sanierung des Staatshaushaltes wegweisende und auch schmerzliche Entscheide für die Bevölkerung unseres Landes zu treffen. Doch wir brauchen konkrete Vorschläge des Finanzministers. Unsere Fraktion hat bereits in ihrem 6-Punkte Programm von letztem August klar Position bezogen. Darin unterstrich sie: *(Zitat)* „Bei den Staatsausgaben ist aber vor allem der Regierungschef in seiner Funktion als Finanzminister gefordert, den Ankündigungen nun auch Taten folgen zu lassen und konkrete Vorschläge zur Stabilisierung des Staatshaushaltes vorzulegen. Ein Abbau der Staatsreserven ist auf lange Sicht keine Perspektive.“ *(Zitat Ende)*

Etwas müssen wir uns nämlich bewusst sein: Wenn es so weiter geht, sind in wenigen Jahren unsere Finanzreserven aufgebraucht. Dann müssen wir Kredite aufnehmen. Deren Zinsen werden die Staatsaufwendungen immer weiter in die Höhe treiben. Es ist falsch, sich durch Kredite in die Abhängigkeit von Banken oder anderen Staaten zu begeben. Doch aller Voraussicht nach werden wir überhaupt keine Kredite erhalten. Wer gewährt schon jemandem einen Kredit, wenn der Kreditnehmer keine Sicherheiten anbieten kann? Wohl niemand. Ich bin froh, dass ich im Vaterland vor kurzem lesen konnte, dass der Regierungschef ebenfalls dieser Ansicht ist. Dies bedeutet jedoch, dass wenn sich unser Land verschuldet, unsere Souveränität in Gefahr gerät und das dürfen wir niemals zulassen. Unsere Souveränität ist das höchste Gut, das Liechtenstein besitzt und unsere Souveränität gilt es unter allen Umständen und ohne Wenn und Aber zu verteidigen und zu erhalten. Deshalb muss die Konsolidierung des Staatshaushalts oberste Priorität haben und deshalb ist es von grösster Wichtigkeit, dass die Sparvorschläge nun rasch in den Landtag kommen.

Geschätzte Mitglieder des Parteitages, zu den mittel- und langfristigen Zielen gehört es, den Wirtschaftsplatz Liechtenstein attraktiver zu gestalten. Wenn man die Entwicklung in unseren Nachbarländern betrachtet, stellt man fest, dass rundum die Steuern gesenkt werden. Einzelne Kantone der Schweiz besitzen heute das weitaus attraktivere Steuersystem

als wir. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir diesbezüglich in einem Konkurrenzverhältnis stehen und diesem müssen wir Paroli bieten. Ziel muss es sein, dass wir vermehrt versuchen, sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte in unser Land zu holen. Denn solche Arbeitskräfte garantieren Innovation und somit auch wirtschaftlichen Aufschwung.

Solche gut ausgebildeten Menschen warten jedoch nicht auf Liechtenstein, sondern sie zieht es dort hin, wo ihnen die besten Rahmenbedingungen geboten werden. Es gilt nun, dass unser Land diesen Menschen die besseren Rahmenbedingungen anbieten kann, als sie in anderen Ländern erhalten. Deshalb ist es nun von grösster Dringlichkeit, die Steuerreform voranzutreiben, damit sie spätestens auf den 1. Januar 2011 in Kraft treten kann.

Wir fordern eine Steuerreform, mit welcher sowohl juristischen als auch natürlichen Personen ein attraktives, konkurrenzfähiges Steuersystem angeboten wird. Es ist für mich völlig inakzeptabel, dass der Regierungschef - wie zu hören ist – bei der Steuerreform für natürliche Personen auf halber Strecke Halt machen will. Das ist eindeutig zu wenig, da wir damit den Attraktivitätsnachteil unseres Standortes im regionalen und schweizerischen Vergleich nicht wettmachen können. Und dies müssen wir!

Sollte der Regierungschef die Steuerreform für natürliche Personen wirklich nur zur Hälfte als ursprünglich geplant umsetzen wollen, werden wir nicht umhin kommen, eine Gesetzesinitiative einzureichen, mit welcher wir der Steuerreform für natürliche Personen in dem Umfang, wie noch von Otmar Hasler geplant, zum Durchbruch verhelfen möchten. Sollte die VU Mehrheit im Landtag dies ablehnen, werden wir uns weitere Schritte überlegen müssen. Dabei schliesse ich auch explizit einen direktdemokratischen Entscheid nicht aus.

Es ist mir vollauf bewusst, dass die Steuerreform kurzfristig zu einer weiteren Einnahmereduktion führen wird. Die Steuerreform wird jedoch die Attraktivität und die Innovationskraft unseres Wirtschaftsstandortes erhöhen, womit unser Land mittel- und langfristig trotz niedrigeren Steuersätzen mehr Einnahmen generieren wird können. Für jene Phase, in welcher die Steuereinnahmen durch die Steuerreform zurück gehen, schlagen wir vor, den Zukunftsfonds zu öffnen und die Mindereinnahmen damit auszugleichen. Gerade

für solche Investitionen wurde der Zukunftsfonds vor einigen Jahren ins Leben gerufen und damit sichern wir die langfristige Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes.

Ein vollkommen falsches Signal für unseren Wirtschaftsplatz wären Steuererhöhungen. Um es deutlich zu sagen, mit der FBP werden Steuererhöhungen nicht zu machen sein, denn Steuererhöhungen würden dem Land mittel- und langfristig teuer zu stehen kommen, da die Attraktivität des Wirtschaftsplatzes weiter an Boden verliert und es dann nicht ausgeschlossen ist, dass Unternehmen und Privatpersonen Liechtenstein den Rücken kehren und an Orte umziehen, die für sie attraktiver sind. Aus diesem Grund lehnen wir auch den Vorschlag der Freien Liste zur Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuer ab. Nicht zum ersten Mal hat die Freie Liste mit diesem Vorschlag aufgezeigt, dass sie realitätsfremde, wirtschaftsfeindliche Politik macht. Solche Politik ist mit der FBP nicht zu machen.

Geschätzte Parteifreunde, die letzten Wochen und Monate waren hauptsächlich von einem Thema bestimmt, nämlich vom Druck der OECD auf den Finanzplatz und die Abkommenspolitik von Regierungschef Klaus Tschüscher.

Dass der Regierungschef in den letzten Monaten den Schwerpunkt darauf gelegt hat, dass unser Land auf die weisse Liste der OECD kommt, war richtig. Dass dies gelungen ist, bedeutet, dass Liechtenstein seine internationalen Verpflichtungen und Forderungen erfüllt hat und wieder als gleichwertiger Partner in der Staatenwelt gilt.

Ich frage mich jedoch schon, nach welcher Taktik und nach welchem Konzept der Regierungschef hier vorgegangen ist. Im Hinblick auf die Reaktionen der verschiedenen Finanzdienstleister im Laufe dieses Sommers frage ich mich auch, inwieweit die einzelnen Berufsverbände in die jeweiligen Entscheidungen tatsächlich miteinbezogen wurden.

Obwohl der Regierungschef noch vor den Wahlen andere Töne und den besseren Weg für Liechtenstein proklamierte und an der Strategie von Otmar Hasler kein gutes Haar liess, führt er heute den von Otmar Hasler eingeschlagenen Weg konsequent weiter. Er macht also

genau das, was er vor den Wahlen kritisierte. Eigentlich bin ich ja froh, dass er das tut, obwohl sein Verhalten diesbezüglich mehr als nur einen faden Beigeschmack hat.

Doch um es gleich vorwegzunehmen: Ich stehe hinter der Liechtenstein Erklärung vom 12. März dieses Jahres. Ich erwarte aber vom Regierungschef, dass er bei seiner Strategie nicht einseitig auf den Abschluss blosser Steuerinformationsabkommen abstellt. Wenn wir dadurch nun auch auf die weisse Liste gekommen sein mögen, müssen wir uns klar sein, dass der blosse Abschluss solcher Abkommen unserem Finanzplatz nichts bringt.

Darüber hinaus darf Liechtenstein gegenüber anderen Finanzplätzen nicht benachteiligt werden: Es müssen für alle Staaten die gleich langen Spiesse gelten. Solange nicht alle Staaten den OECD Standard umsetzen, bedeutet jedes vereinbarte Steuerinformationsabkommen einen Standortnachteil. Da dies so ist, und einige Staaten nur zögerlich oder - wie sogar ein Teilstaat der USA - den OECD Standard gar nicht umsetzen, ist unser Treuhandwesen so unter Druck und der Kunden- und Geldabfluss so enorm.

Die FBP fordert den Regierungschef auf, nun seine ganze Kraft auf den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen zu legen. Denn nur Doppelbesteuerungsabkommen haben für unseren gesamten Wirtschaftsplatz einen Nutzen. Aber auch diese Abkommen haben sich am OECD Standard zu orientieren.

Zudem fordern wir den Regierungschef auf, bei derartigen Verträgen die grossen Wirtschaftsverbände frühzeitig mit einzubeziehen. Ein Aufruhr, wie wir es bei der Ankündigung des England Abkommens erlebt haben, darf es nicht mehr geben. Unsere Finanzdienstleister dürfen durch solche Vereinbarungen nicht überrascht werden. Nur wenn sie sich frühzeitig auf ein neues Abkommen vorbereiten können, können sie ihre Kunden dementsprechend beraten internationale Steuerlösungen erarbeiten und als Kundschaft im Land halten.

Geschätzte Parteifreunde, unsere Anstrengungen jetzt und in den nächsten Jahren werden die Sicherung des Wirtschaftsstandortes und somit des gesamten Wirtschaftsplatzes Liechtenstein im Fokus haben müssen. Wenn ein Land wie Liechtenstein mit 35'000 Einwohnern auch 35'000 Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, dann muss und darf es unser aller Ziel sein, Vollbeschäftigung zu erreichen.

Ich bin froh, dass mit Vize-Regierungschef Martin Meyer ein FBP Regierungsrat für die Wirtschaft verantwortlich ist. Damit habe ich nämlich das Vertrauen, dass wir eine Wirtschaftspolitik machen, die genau auf diesen Fakten aufbaut und die richtigen Massnahmen ergreift.

Ich möchte diesbezüglich den Slogan der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel aufnehmen, den ich zu 100% als richtig erachte. Sie sagte: *(Zitat)* „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ *(Zitat Ende)*. Soziale Sicherheit gibt es nur durch die Schaffung von Arbeit. Primär gilt es nun Massnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerung unseres Landes durch die stürmische See der Weltwirtschaftskrise zu führen. Gleichzeitig gilt es Massnahmen zu ergreifen, mit welchen wir unseren Wirtschaftsplatz langfristig absichern.

Um in Zukunft mehr Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung und damit soziale Sicherheit garantieren zu können, müssen wir:

- die Bürokratie reduzieren
- über die Aufgaben des Staates diskutieren und sie gegebenenfalls reduzieren
- eine effiziente, schlanke und dienstleistungsfreundliche Landesverwaltung installieren
- darauf achten, dass wir den Vorteil als kleines Land der kurzen Wege und raschen Entscheidungen nicht auf's Spiel setzen
- darauf achten, dass die Arbeitskosten nicht steigen
- darauf achten, dass wir unserer Wirtschaft eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung stellen und
- darauf achten, dass die in Liechtenstein ansässigen Unternehmen forschend und innovativ tätig sein können.

Je mehr Arbeit wir schaffen, je mehr soziale Sicherheit wir damit erreichen, desto mehr floriert unsere Wirtschaft. Nur eine florierende Wirtschaft gibt auch dem Land die Möglichkeit zu investieren,

- dann können wir einen hohen Standard an Aus- und Weiterbildung garantieren,
- dann können wir die ökologischen Bedürfnisse befriedigen,
- dann können wir die Infrastruktur den ständig ändernden Begebenheiten anpassen,
- dann können wir die bestmögliche medizinische Versorgung zur Verfügung stellen,
- dann können wir die Bevölkerung bei den Gesundheitskosten entlasten,
- dann können wir Sport und Kultur fördern,
- dann können wir Forschung unterstützen,
- dann können wir auch die Arbeitskosten tief halten
- und dann steht einem attraktiven, erfolgreichen und florierenden Wirtschaftsstandort Liechtenstein nichts im Wege.

Sehr geehrte Mitglieder des Parteitages, ich bitte euch meine Kandidatur für das Amt des Präsidenten und jene der weiteren Präsidiumsmitglieder zu unterstützen und uns alle heute Abend zu wählen. Ich weiss, dass die Zeiten schwierig werden und dass ich mich für eine schwere Aufgabe bewerbe. Ich bin bereit, diese Aufgabe auf mich zu nehmen und meine ganze Kraft der Fortschrittlichen Bürgerpartei und dem Land Liechtenstein zur Verfügung zu stellen. Es würde mich freuen, wenn ich auf eure Unterstützung zählen könnte.

Ich verspreche euch, ich werde alles daran setzen, dass die Fortschrittliche Bürgerpartei eine - wie es ihr Name ja schon sagt - fortschrittliche und bürgernahe Partei sein wird.

Und ich verspreche euch:

- wir werden agieren und nicht reagieren,
- wir werden Themen besetzen und Positionen erarbeiten,
- wir werden unsere Vorschläge einbringen, damit die Mitbewerber auf uns reagieren müssen,

- wir werden einfach und verständlich kommunizieren, damit auch jene erfahren und verstehen, was wir wollen und für was wir stehen, die sich nicht täglich mit Politik beschäftigen und
- wir werden dafür kämpfen, dass nach den nächsten Wahlen der Regierungschef wieder der Bürgerpartei angehört.

Ich danke für euer Vertrauen.